



Diepgen und Fugmann-Heesing erläutern die Ergebnisse der Sparklausur

Foto: Atze

„Kollektiver Selbstmord“

Die Universitäten müssen bis zum Jahr 2000 nochmals 150 Millionen Mark einsparen.

Im Ergebnis der Sparklausur des Berliner Senats kommen auf die Universitäten neue Sparauflagen zu. Bis zum Jahre 2000 müssen die Universitäten zusätzlich 150 Millionen Mark einsparen, wobei sie die Tariferhöhungen im Personalbereich weiterhin mit rund 50 Millionen DM jährlich selbst ausgleichen müssen. Die Sparlast bis zur Jahrtausendwende erhöht sich mit diesen neuen Summen und mit den Einsparungen des Haushaltsstrukturgesetzes auf 376,8 Millionen DM, bis zum Jahre 2003 werden nun 750 Millionen DM fällig.

Für die Universitäten sind diese Summen nur noch durch drastische Strukturschnitte umzusetzen, HdK-Präsident Lothar Romain sprach vom „kollektiven Selbstmord“ im Wissenschaftsbereich.

Die Idee des Berliner Senats, mit den Universitäten einen mehrjährigen Vertrag abzuschließen und so für Planungssicherheit zu sorgen, ist durch die Entscheidungen in weite Ferne gerückt.

Auch eine weitere Erhaltung der 85.000 Berliner Studienplätze über das Jahr 2000 hinaus könne angesichts der „schrecklichen Sparsummen“ (Radunski) nicht mehr garantiert werden.

Damit ist der Wissenschaftsbereich als eindeutiger Verlierer aus der sechstägigen Sparklausur des Berliner Senats gegangen, hier wurden die prozentual höchsten Sparraten angesetzt. Michaela Schreyer, Haushaltsexpertin der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus bezeichnete die Entscheidung im Wissenschaftsbereich schlicht als „dumm“, werde doch so der Stadt

ihre Zukunftsfähigkeit genommen. Wissenschaftssenator Radunski sieht die Berliner Hochschulen mit der zusätzlichen Sparauflage von 150 Millionen Mark vor „erhebliche Schwierigkeiten“ gestellt, die nur durch den Erhalt der Koalition zu rechtfertigen seien. Als „unerträgliches Tüpfelchen auf dem I“ wertete er die Weigerung der Finanzsenatorin, die Personalhaushalte der Hochschulen auszufinanzieren. Er fühle sich in diesem Punkt „ungerecht behandelt“, sei doch allen Beteiligten klar gewesen, daß die Ausfinanzierung der Personalhaushalte ein „Knackpunkt“ in den Vertragsverhandlungen zwischen Universitäten und Staat gewesen sei.

Zwar habe die Finanzsenatorin am Ende der Verhandlungen zugesichert, die Hochschulen bis zum Jahre 2000 von weiteren Einsparungen auszunehmen, Bedingung sei allerdings der Abschluß eines Vertrages. Für TU-Präsident Schumann ist aber mit den Entscheidungen des Berliner Senats „die gemeinsame Basis für einen Vertrag hinfällig geworden“. Zwar wolle man

nach wie vor mit dem Staat über einen Vertrag verhandeln, aber die Aussicht auf Erfolg, so HU-Präsident Meyer, hänge von der „Einsichtsfähigkeit“ der Politik ab, die „unsinnigen Sparauflagen“ wieder zurückzunehmen.

Bis zum 05. November will die Wissenschaftsverwaltung nun klären, wie die Kürzungen im einzelnen aufgeteilt werden sollen. Klarheit besteht bisher nur über die jährlichen Sparraten. 1997 wird der Landeszuschuß für die Hochschulen wie bisher um 68,3 Millionen Mark gesenkt, neue Einsparungen kommen nicht hinzu. Im Jahr 1998 beträgt die Absenkung 95,5 Millionen DM,

Editorial

Die Sparpolitik des Senats verheißt nichts Gutes. Insgesamt 376,8 Mio. DM sollen im Wissenschaftsbereich gespart werden. Die Wahrscheinlichkeit für einen Vertrag zwischen Staat und Unis, ist in den letzten Tagen in die Ferne gerückt. Was auf die Unis im einzelnen zukommt, ist noch ungewiß. Um Euch aber genauer zu informieren, hat sich ein Teil der UnAuf-Redaktion die Sparbeschlüsse zum Anlaß genommen eine Neuerung einzuführen. UnAuf-Njuhs erscheinen jetzt nicht nur regelmäßig in der UnAuf, sondern auch unregelmäßig zu aktuellen hochschulpolitischen Anlässen.

1999 müssen die Universitäten mit 123,3 Millionen DM weniger auskommen und im Jahre 2000 werden noch einmal 89,7 Millionen DM fällig.

Wie diese Summen an den Universitäten umgesetzt werden sollen, ist noch völlig unklar. Kommt es zu keinem Vertragsabschluss, werde der Senat die Universitäten zu Strukturentscheidungen auffordern, so Radunski gegenüber UnAufgefördert (siehe Interview). Für die HU bedeutet dies bei vorsichtiger Umlage der Sparraten den Verlust von zwei oder drei Fakultäten oder aber ein allgemeiner 15 prozentiger Personalabbau.

Die Sparsummen könnten allerdings auch über den Verkauf von Liegenschaften erbracht werden. Als Ergebnis der Sparklausur will der Senat den Universitäten nun 40 Prozent des Erlöses zur Sicherung ihrer Haushalte überlassen. Die Universitäten hatten in ihrem Vertragsentwurf 75 Prozent Beteiligung gefordert.

Eine weitere Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen zu erzielen, ist für Radunski nach wie vor die Einführung von Studiengebühren in Höhe von 1000 DM. Die SPD hatte sich während der Klausur strikt gegen eine Einführung gewandt, sie möchte erst eine einheitliche Bundesregelung in diesem Punkt abwarten. Trotz der Verweigerung der SPD möchte Radunski noch in dieser Legisla-

turperiode eine Entscheidung des Berliner Senats über die Einführung von Studiengebühren herbeiführen.

Neben den Sparbeträgen im konsumtiven Bereich (Sach- und Personalmittel) wird auch im Hochschulbau gespart oder aber zumindest verschoben. Zum Beispiel wird der geplante gemeinsame Bibliotheksneubau für TU und HdK auf unbestimmte Zeit verschoben, für TU-Kanzler Ulrich Podewils eine unverständliche Entscheidung, die der TU am Ende durch die nun notwendige Anmietung notwendiger Stellflächen zusätzliche Kosten bringt. Wesentlich dramatischer könnte sich die Entscheidung auswirken, den Umzug des Instituts für Chemie nach Adlershof um ein Jahr zu verschieben. Für die Universitätsleitung der HU ist dies ein ernstes Signal für den deutlichen Rückzug des Berliner Senats aus dem Projekt Adlershof und den langsamen Tod der HU-Naturwissenschaften, deren marode Gebäude nicht saniert wurden, da man mit einem schnellen Umzug in den geplanten „Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof“ rechnete. Radunski versuchte am Freitag vergangener Woche gegen diese Sichtweise noch anzukämpfen (siehe Interview), während der Regierende Bürgermeister nur noch von „Akzenten“ sprach, die in Adlershof umgesetzt werden sollen.

Besser sieht es hingegen für die Sanierung der

Charité aus. Der Neubau der Inneren Medizin soll ebenso fortgesetzt werden wie die Modernisierung der zentralen Sterilisation und des Gebäudes der Neben Chirurgie. Nicht saniert hingegen werden das Institut für Pathologie und die Zentralküche. Damit dürfte auch der Aufbau eines Medizin-Historischen Museums an der Charité zunächst gestoppt sein (siehe UnAuf Nr. 67).

Bei der bereits geplanten Absenkung der Landeszuschüsse von derzeit 540 Millionen Mark auf 450 Millionen Mark (2003) für die drei Universitätsklinikum wird es ebenfalls nicht bleiben. Geplant ist eine Reduzierung der Zuschüsse für die universitären Polikliniken von momentan 53 Millionen Mark jährlich auf acht Millionen Mark im Jahre 1999, der Gesamtzuschuß für den Medizinbereich würde damit nur noch 405 Millionen Mark betragen.

Ob es bis zur Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 1997 bei diesen Sparmaßnahmen bleibt, ist noch ungewiß. Bei den Beratungen der Fraktionen der großen Koalition in dieser Woche wird wegen der geplanten Gewerbesteuererhöhung und der geplanten Vermögensäußerung in Milliardenhöhe mit „heftigen Diskussionen“ gerechnet. In der SPD fordern neben dem Vize-Vorsitzenden Klaus-Uwe Benneter u.a. auch die Jusos einen Sonderparteitag, auch wegen der Beschlüsse im Wissenschaftsbereich.

Einsparungen im Gesamthaushalt in Höhe von 7,3 Mrd. bei einer Nettoneuverschuldung von 5,4 Mrd.

Bereiche	1997	bis 2000	Bemerkungen
Aktivierung von Vermögen	5,8 Mrd.	-	-
vorgezogene Anhebung der Gewerbesteuer	227 Mio.	-	-
Erhöhung der Zweithundesteuer	-	24 Mio.	-
Verpackungssteuer	10 Mio.	-	Steuer für Einweggeschirr
Stellplatzabgabe	30 Mio.	-	für Investoren, die keine Parkplätze bauen
erhöhte Gebühren für Baugenehmigungen, Staatsprüfungen, Polizei- u. Feuerwehreinsätze	insg. 45 Mio.	-	-
Gebietsreform	165 Mio.	-	von jetzt 23 auf 12 Bezirke
Schule, Jugend			
Verbeamtung der LehrerInnen im Ostteil	138 Mio.	-	-
Kürzung der Lehr- und Lernmittel	25 Mio.	-	-
Kürzung der Jugendhilfeförderung	7,6 Mio.	-	-
höhere Kosten für Hort- u. Vorschulbetreuung			noch nicht beziffert
Ausgleichszahlungen für Brandenburger SchülerInnen	-	50 Mio.	-
Sozialleistungen, Gesundheit			
Kürzung von Sozialhilfeleistungen			noch nicht beziffert
Kürzung des Pflegegeldes für Blinde u. Sehbehinderte	11,6 Mio.	-	-
Kürzung der Leistungen f. Kriegsflüchtlinge aus Bosnien	um 20%	-	-
Abbau von Krankenhausbetten	ca. 60 Mio.	-	von jetzt 26.550 auf 24.000
Reduzierung des Krankenhaussanierungsprogramms	-	200 Mio.	-
Verzögerung öffentlicher Bauprojekte			
TU-Bibliothek	-	-	Schaden durch zusätzl. Mieten für die TU: 2,9 Mio.
Topographie des Terrors, Museum für Verkehr und Technik			noch nicht beziffert
Jüdisches Museum, 2 Oberstufenzentren in Buch u. Marzahn			noch nicht beziffert
Obergrenzen für Schul- u. Kitabauten			noch nicht beziffert
Wohnungsbau			
Reduzierung von 30.000 auf 22.000 Wohnungen			noch nicht beziffert
Kultur	25 Mio.	100 Mio.	-
Wissenschaft: Hochschulen	68,3 Mio.	150 Mio.	der außeruniversitäre Bereich bleibt unangetastet
Kürzung des Charité-Ausbaus			noch nicht beziffert
pauschale Minderausgaben in allen Ressorts	300 Mio.	-	noch nicht aufgelöst

Wider die Vernunft

Die Verabschiedung der Sparvorschläge stößt allseits auf Kritik und Unverständnis. Steht die Regierung vor dem Offenbarungseid?

„Archaische Rituale“ nannte HU-Präsident Meyer das Verfahren, mit dem sich die Berliner Koalitionäre auf einen Haushalt 1997 einigen wollten. Sechs Tage schlossen sich die Senatoren und Fraktionsspitzen von CDU und SPD in einer Grunewalder Villa ein, gifteten sich vier Tage an, um in den letzten sechszwanzig Stunden endlich zu konkreten, wenn auch nicht sinnvollen Entscheidungen zu kommen. Das Ergebnis ihrer Sparklausur nahm sich dann wie das Ritual archaisch aus – der Berliner Politik fällt seit nunmehr zwei Jahren nichts mehr zur Haushaltskrise des Landes ein.

Völlig übernächtigt und sichtlich erschöpft traten der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen und die aufgedrehte Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing vor die Presse, um ihren in sechs Tagen ausgehandelten Sparplan zur weiteren Konsolidierung des Berliner Haushalts vorzustellen.

Neben den bereits ständig auf der Liste vertretenen Einsparungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich kommen mit dem 97er Haushalt eine Vielzahl unterschiedlichster Absurditäten hinzu. Mit der Veräußerung von Landesvermögen in Höhe von 5,78 Mrd. DM soll ein großer Teil der Finanzierungslücke geschlossen werden, wobei noch völlig offen ist, wie. Relativ sicher ist allerdings der geplante Verkauf sämtlicher Aktienanteile der zu 50,8 % dem Land gehörenden Bewag. Daneben wird auch an einen Verkauf der Gas- und der Berliner Wasserwerke gedacht. Allein der Verkauf der Bewag-Aktien, so erhoffen sich die SenatorInnen, soll einen Betrag von ca. 3 Mrd. DM einbringen. Abgesehen davon, daß allen potentiellen KäuferInnen

Konkurs verschoben ...auf nächstes Jahr

der Aktien bewußt sein dürfte, daß es sich bei diesen Veräußerungen milde gesagt um Panikverkäufe handelt, was notwendigerweise auf die Preise drückt, ist diese Entscheidung ein energiepolitischer Skandal. Ein Einfluß auf Preise und Marktstrategien wird hierdurch nicht mehr möglich sein.

Trotz der Tatsache, daß der Berliner Haushalt zwar für das Jahr 1997 durch eine schier wahnsinnige „Vermögensaktivierung“ knapp am Offenbarungseid vorbeischrämt, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die jetzigen Einsparung nicht struktureller Natur sind und weder lang- noch mittelfristig ein Einsparpotential darstellen. Selbiges gilt auch für die nun doch zu verbeamtenden Lehrer, die zwar kurzfristig zur Haushaltsentlastung beitragen, langfristig

jedoch den Staat teuer zu stehen kommen.

Unter dem Schlagwort „Strukturelle Verbesserungen bis 1999“ findet sich die geplante Bezirksreform, die nach Angaben des Senats bei einer Verringerung von 23 auf 12 (!) Bezirke ein Einsparvolumen von 165 Mio. DM erbringen soll. So sollen unter anderem die Bezirke Mitte,

Tiergarten und Kreuzberg sowie Prenzlauer Berg und Wedding zu zukünftigen Bezirken fusionieren. Der Haken dabei ist die für die Umsetzung nötige 2/3 Mehrheit im Abgeordnetenhaus, die aufgrund einer fraktionsübergreifenden Protestfront und einer hauchdünnen Mehrheit der großen Koalition von vier Stimmen äußerst fraglich erscheint.

Kreuzbergmitteltiergarten

Wirklich absurd erscheint der Kostenausgleich für Brandenburger SchülerInnen. Dieser Vorschlag sieht vor, ein Abkommen mit dem Land Brandenburg zu schließen, wonach dieses eine Ausgleichszahlung von ca. 50 Mio. DM ab 1999 an das Land Berlin leisten soll, um auch weiterhin Brandenburger Jugendlichen den Schulbesuch in Berlin zu ermöglichen.

Zugespitzt ließe sich bei Etablierung dieses Modells eine unglaubliche Vielzahl von Möglichkeiten schaffen, die wiederum das Brandenburger Finanzsäckel füllten. Eine Straßenabriebsgebühr für Autos mit dem Kennzeichen B-... wäre hier nur ein Beispiel von vielen.

Besonders hart werden die Einsparungen AsylantragstellerInnen und Pflegebedürftige treffen. So sollen die vom Land an Kriegsflüchtlinge aus Bosnien gezahlten Sondervergütungen entfallen und lediglich die im Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehenen Sachleistungen bezogen werden können.

Die Pflegebedürftigen, die

seit Einführung der Pflegeversicherung durch das grobe Netz dieser Regelung fallen und deshalb finanzielle Zuwendungen seitens des Landes beziehen, werden nun „generell auf den Durchschnitt der anderen Bundesländer“ angepaßt.

Beispiel für planerisches Mißmanagement seitens der Koalitionäre ist auch der Baustopp für das bereits fertig geplante Projekt der gemeinsamen Bibliothek von Technischer Universität und Hochschule der Künste. Hier fallen mit jedem Jahr der verzögerten Fertigstellung eine Summe von 2,9 Mio. DM Mietkosten für Ausweichobjekte an.

Auch Vertragsstrafen für PlanerInnen, ArchitektInnen und Bauunternehmen werden billigend in Kauf genommen. Es fragt sich nur, warum es ausgerechnet wieder Wissenschafts- und Kultureinrichtungen wie der Neubau für die „Topographie des Terrors“ oder das Museum für Verkehr und Technik sind, deren Planungen auf Eis gelegt werden. Wenn der Senat mittlerweile bereit ist, horrenden Summen für die Aufschiebung von Bauvorhaben zu bezahlen, warum dann nicht für die wirklich teuren Projekte wie die Milliardengräber von Messehallen bis Tiergartentunnel?

Kein Geld

Foto: Atze



Es tut mir sehr leid!

Wissenschaftssenator Peter Radunski über die Ergebnisse der Sparklausur im Wissenschaftsbereich.

UnAufgefördert: Nach dem Ende der Sparklausur des Berliner Senats steht der Wissenschaftssenator als Verlierer da. Sie haben die Ausfinanzierung der Personalhaushalte nicht erreichen können und müssen bei den Universitäten in den nächsten vier Jahren noch einmal 150 Millionen DM einsparen.

Radunski: Ich habe nicht verloren, sondern einen politischen Kompromiß gemacht. Ich habe mit diesem Kompromiß wie meine Kollegen auch der Stadt eine politische Stabilität gegeben, die sie dringend benötigt.

Wieso konnten Sie sich bei der Ausfinanzierung nicht durchsetzen, obwohl es hier nur um einen relativ geringen zusätzlichen Betrag geht?

Mir tut es sehr leid, daß es in der Frage der Ausfinanzierung zu keiner Einigung gekommen ist. Ich finde diese Entscheidung in der Sache auch nicht richtig, halte sie aber angesichts der Not-

wendigkeit, den Konsolidierungsprozeß des Landes Berlins zum Erfolg zu bringen, gerade noch für vertretbar.

Es wird in den nächsten Jahren in diesem Punkt weiter Verhandlungen geben, zumal die Berliner Hochschulen hier gegenüber anderen öffentlichen Berliner Institutionen klar benachteiligt sind.

Mit der fehlenden Ausfinanzierung ist aber auch der erfolgreiche Abschluß eines beiderseitigen Vertrages in weite Entfernung gerückt.

Ich glaube immer an politische Vernunft. Denn es bleibt bei dem Angebot, daß den Universitäten eine Ausnahmestellung eingeräumt wird. Mit diesem Vertrag bleibt es bei der Garantie, daß keine weiteren Sparbeträge bis zum Jahre 2000 hinzukommen. Eine solche Chance sollte jetzt von den Universitäten auch ernsthaft geprüft und dann genutzt werden.

Bis wann müssen sich nun die Universitäten

entscheiden, ob sie einen Vertrag abschließen wollen oder nicht?

Ich setze keine Fristen. Zunächst müssen wir jetzt nach einem Senatsbeschluß unseren Vertragsentwurf formulieren, damit wir mit den Universitäten über einen gemeinsamen Vertrag verhandeln können.

Wie wollen Sie bei Scheitern der Vertragsverhandlungen zwischen Universität und Senat die alten und neuen Sparsummen an den Universitäten umsetzen?

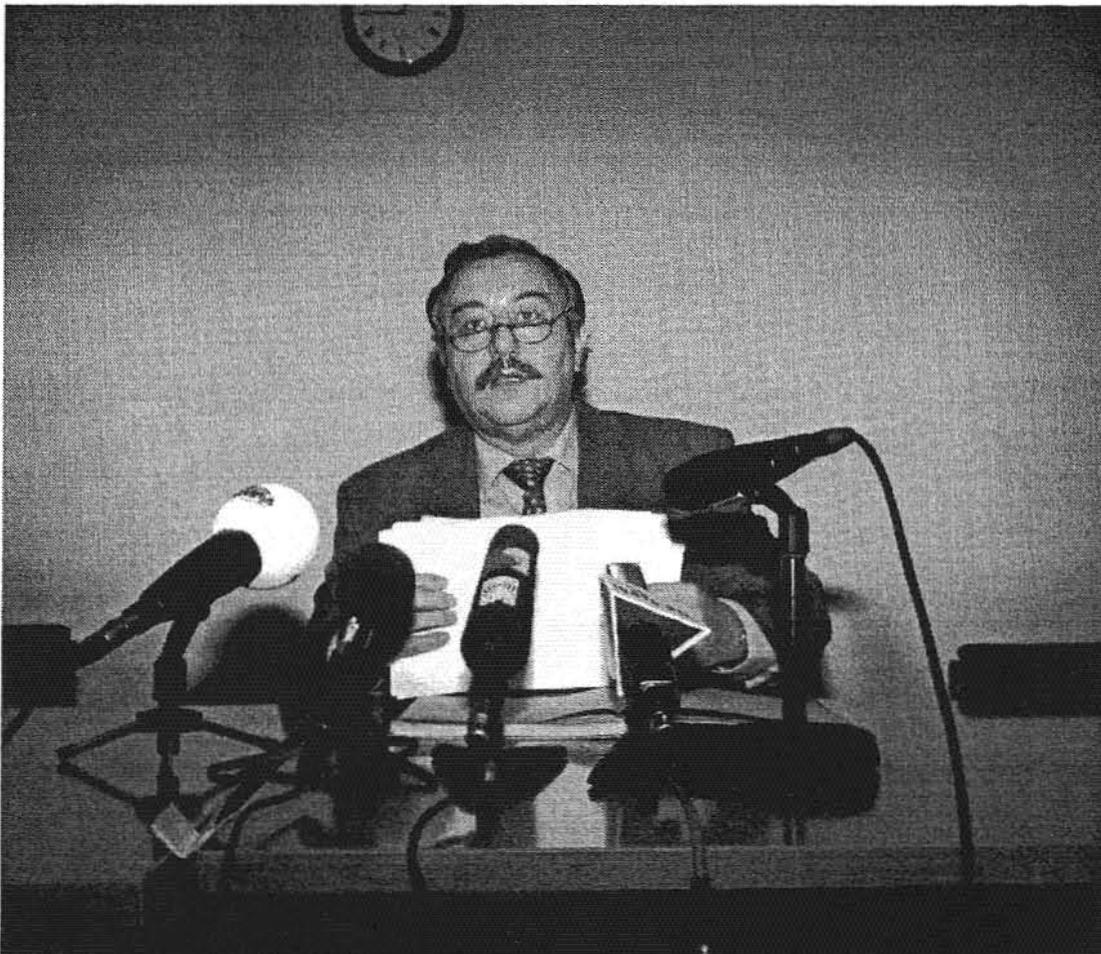
Dann beginnt jenes Wechselspiel zwischen Universitäten und Staat, welches seit Jahren die Berliner Hochschulpolitik bestimmt. Die Universitäten müssen sich in dieser schwierigen Haushaltssituation auch zu ihrer Autonomie bekennen und selber handeln. Unsere Universitäten müssen jetzt in der Lage sein, über Strukturänderungen selbst zu entscheiden.

Haben denn Strukturdiskussionen während der Sparklausur im Wissenschaftsbereich eine Rolle gespielt?

Nein. Ich habe das ausgeschlossen, weil ich nicht möchte, daß man zum Nachteil eines Instituts oder einer Fakultät gesamtberliner Finanzprobleme klärt. Dies ist im Frühjahr so geschehen und darf sich in dieser Form nicht wiederholen.

Hinsichtlich Adlershof scheint es aber doch Strukturentscheidungen gegeben zu haben. Dieppen hat am Donnerstag von „Akzenten“ gesprochen, die in Adlershof gesetzt werden sollen. Stirbt das Projekt Adlershof?

Adlershof soll weiterhin in seinem Gesamtkonzept umgesetzt werden. Mit der Verschiebung des Aufbaus der Chemie um ein Jahr wird am Konzept Adlershof nicht gerüttelt werden.



Senator Peter Radunski

Foto: Atze

Für die Unis unannehmbar!

HU-Präsident Hans Meyer über die Auswirkungen der Sparklausur auf die Berliner Universitäten.

UnAufgefordert: Der Berliner Senat möchte den Berliner Hochschulen bis zum Jahre 2000 zusätzliche Sparauflagen in Höhe von 150 Millionen DM aufdrücken. Wie soll das umgesetzt werden?

Meyer: Das ist nicht umsetzbar! Selbst wenn wir auf alles verzichten, was für eine vernünftige Universitätsausbildung notwendig wäre, könnten die Berliner Hochschulen diese zusätzlichen Summen nicht umsetzen. Das sind illusionäre Vorstellungen, die leider immer noch von dem falschen Gedanken genährt werden, daß die Universitäten lediglich Zuwendungsempfänger und damit Kostgänger des Staates sind.

Die Staatsseite ist auf die Vorschläge der Universitäten zum Abschluß eines Vertrages scheinbar nicht eingegangen. Ist für Sie damit die Idee eines Vertragsabschlusses gestorben?

Nein, ich denke nicht. Verträge bestehen darin, daß zwei Seiten ihre Interessen artikulieren. Wir haben unsere Interessen genannt, und jetzt hat die Staatsseite zunächst die Grundlagen für ihre Interessen gelegt. Ich sehe mit Spannung dem jetzt folgenden Vertragsentwurf entgegen, dem dann sicherlich Verhandlungen folgen werden.

Sie stehen also weiteren Verhandlungen offen gegenüber?

Bei diesen Verhandlungen kann sich natürlich herausstellen, daß das Gesamtergebnis für die Universitäten unannehmbar ist. In diesem Falle können wir keinen Vertrag abschließen. Ein Ergebnis der Verhandlungen könnte aber auch die Rücknahme der beschlossenen Sparsummen sein, die so in der Realität nicht umzusetzen sind.

Der Senat wird sich schwerlich dazu bewegen lassen, die beschlossenen Sparsummen wieder zurückzunehmen...

...dann muß sich der Senat auch fragen lassen, ob er sich wirklich sicher ist, daß diese Vorstellungen, die er vom künftigen Haushalt hat, nicht nur der Erhaltung der Koalition dienen, sondern in seinen Augen auch realistisch umzusetzen sind. Ich möchte bezweifeln, daß letzteres der Fall ist.

Man hat sich in Berlin auf ein rigoroses Sparprogramm geeinigt, von dem man weiß, daß es so nicht durchsetzbar ist.

Was werden die Universitäten tun, wenn trotz allem Optimismus keine Verträge mit der

Staatsseite abgeschlossen werden können?

Dann geht das normale politische Spiel weiter. Das heißt für jede Sparmaßnahme trägt der Senat die politische Verantwortung und wir nicht. Wenn die Sparmaßnahmen für uns unerträglich werden, müssen wir protestieren...

...also die Fortsetzung eines altbewährten Berliner Rituals?

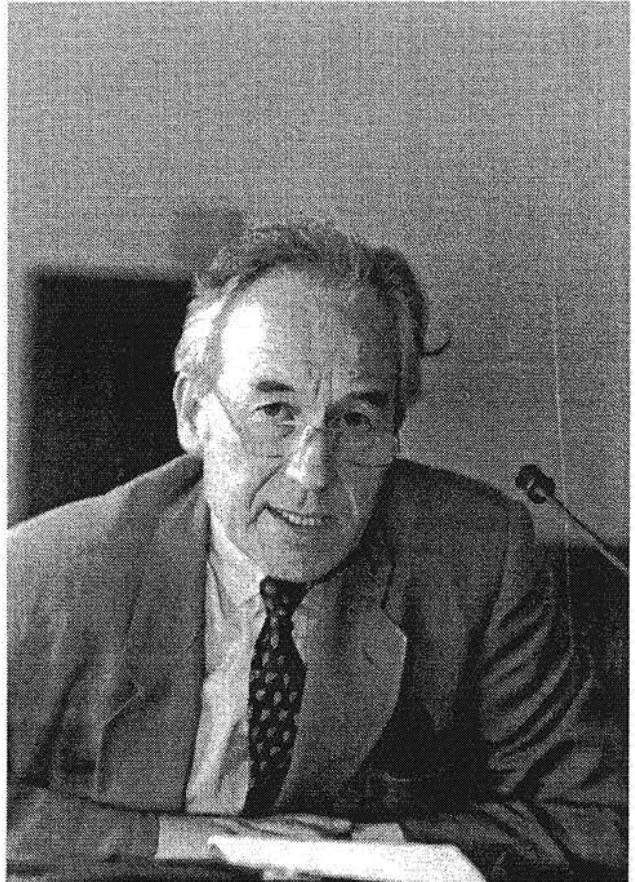
Protestieren kann man auf die verschiedenste Art und Weise. Ich denke, man sollte das Potential an Protest nicht schon zum jetzigen Zeitpunkt strategisch ausbreiten.

Das notwendige Geld kann nun aber auch über den Verkauf von Grundstücken erwirtschaftet werden. Der Staat bietet 40 Prozent für jede veräußerte Liegenschaft der Universität...

...wir haben in unserem Vertragsentwurf ja ähnliches angeboten, möchten aber 75 Prozent vom Verkaufserlös bekommen. Hier wird man ebenfalls verhandeln müssen. Inwieweit die einzelnen Universitäten Liegenschaften räumen können, ohne dabei Schaden zu erleiden, ist noch offen. Aber der Idee, finanzielle Mittel über den Verkauf von Liegenschaften zu erwirtschaften, stehen wir angesichts der Berliner Haushaltslage positiv gegenüber. Bei einem Grundsatz: Es darf dabei kein Schaden für die Funktionsfähigkeit der Universität entstehen!

Mit der Verschiebung des Umzugs der Chemie nach Adlershof um ein Jahr ist auch die Realisierung des Gesamtprojekts Adlershof sehr unwahrscheinlich geworden.

Ich halte es für außerordentlich bedauerlich, daß das einzig interessante Innovations- und Investitionsvorhaben des Landes Berlin nun wenn nicht gestoppt, so doch verschoben wird. Es wäre sicherlich ehrlicher gewesen, jetzt offen zuzugeben, daß man der Meinung ist, Adlershof sei für Berlin nicht mehr leistbar, als nun so zu tun, man müsse es nur um ein Jahr verschieben.



Prof. Hans Meyer

Foto: Atze

Die Pharmazie, im Frühjahr geschlossen und nun per Verfassungsurteil wieder Bestandteil der Universität, soll von dieser nach Meinung des Wissenschaftssenators nun zusätzlich finanziert werden. Es wird seiner Meinung nach hier keine Korrektur der Sparsummen geben...

Ich halte das für eine sehr unvorsichtige Meinung, denn sie provoziert den Gedanken, erneut zum Verfassungsgericht zu marschieren. Denn die Voraussetzung für die Sparauflagen war ja die Schließung der Pharmazie, die nun über ein Urteil wieder rückgängig gemacht wurde. Also muß uns der Staat die Kosten für die Pharmazie auch ersetzen.

Ich verstehe zwar, daß der Staat uns gegenüber nun so eine Art „Strafsanktion“ verhängen möchte, aber daß ist ein rechtlich riskantes Verhalten.

Sie sind nun erst seit zwei Monaten Präsident an der HU, doch bereits mittendrin in der nächsten „Sparkrise“ der Berliner Hochschulen. Macht das Amt noch Spaß?

Es bleibt spannend.

Die Meinungen gehen auseinander.

Die Reaktionen der Universitätspräsidenten auf die Sparpläne sind unterschiedlich.

Bereits am Donnerstag reagierte der Präsident der Technischen Universität Berlin, Dieter Schuhmann, auf die beschlossenen Sparauflagen des Berliner Senats mit Entrüstung: "Die ersten Informationen über Teilergebnisse aus der Senatsklausur, die den Wissenschaftsbereich in Berlin betreffen, bestätigen die schlimmsten Befürchtungen der Hochschulen. Ganz offenbar haben in den letzten Monaten und Tagen die Politiker [...] den Präsidenten und Hochschulen nicht zugehört." Für Schuhmann ist „mit den nun vorliegenden Vorstellungen des Berliner Senats die gemeinsame Basis für einen Vertrag hinfällig geworden.“ Neben einem andauernden Einstellungsstopp befürchtet man am Tiergarten, daß die Universität bald keinen Mittelbau mehr haben wird. "Letztendlich bedeuten diese Entscheidungen des Berliner Senats den Ruin der TU Berlin."

Hans Meyer, Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin, bestätigte in einem Interview mit UnAufgefordert (siehe S. 5), daß die verlangten Einsparungen in ihrem vollen Umfang zwar nicht erbracht werden können, ein völliges Scheitern des Vertrages sieht er jedoch noch nicht.

Mit "Bestürzung und Unglauben" hat auch die Hochschule der Künste die erneuten Sparauflagen des Berliner Senats zur Kenntnis genommen. Sie gingen an die Substanz des Wissenschaftsstandortes Berlin und seien keine Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen mehr, heißt es in der Presseerklärung der HdK vom 24. Oktober 1996. "Es ist nicht mehr einsichtig, was in einem Vertrag zwischen den Universitäten und Senat noch verhandelt werden kann, wenn durch die Einsparungen der eigentliche Gegenstand, nämlich die Planungssicherheit, mangels Planungsmöglichkeiten entfällt", stellt die Unileitung der HdK abschließend fest.

"Bestürzung und Unglaube"

Einer Stellungnahme der Freien Universität zufolge ist man auch dort nicht erfreut über das Ausmaß der Kürzungen. "Wenn der Senator jedoch einen Vertrag wahr machen kann, der garantiert sicher ist, dann können und müssen wir uns darauf einstellen", erklärt Pressesprecher Uwe Nef von der FU. Im übrigen könne man zu den Sparbeschlüssen nichts sagen, da ja noch unbekannt ist, wie groß die Sparrate ist, welche die Freie Universität be-

trifft. Unklar sei bisher auch, ob die Fachhochschulen mitbetroffen sind. Mit welchen Mitteln und in welchen Bereichen an der Freien Universität gespart werden soll, ist zur Zeit noch ungeklärt. Vieles deute jedoch auf einen unbegrenzten Einstellungsstopp hin. "Von einem totalen Zusammenbruch der Universität, wie es der Präsident der TU getan hat, möchte ich nicht sprechen", so Herr Nef von der Pressestelle der FU.

Unterschiedliche Töne bei den Studenten

"Die Sparauflagen – ja, wirklich schlimm, nicht?" kann man im AstA der FU hören. Eine offizielle Stellungnahme der Dahlemer Studentenvertretung gibt es jedoch noch nicht. "Wir müssen uns die Beschlüsse jetzt erstmal in Ruhe ansehen, bevor wir irgendwas bekannt geben", erklärt Ulrike Gonzales von der FU. Schneller war die Studentenvertretung der TU, die schon am Freitag eine Stellungnahme verfaßt hat: "Nach den Beschlüssen des Berliner Senates sieht die Zukunft der Berliner Bildungslandschaft nicht nur düster, sondern pechschwarz aus."

Etwas optimistischer klingt es an der Humboldt-Universität. Jan Decker, Sozialreferent im RefRat, spricht von Erleichterung darüber, daß zunächst keine Studiengebühren eingeführt wurden. "Man muß jetzt aufpassen, wie lange es dabei bleiben wird angesichts der geplanten bundesweiten Einführung von Studiengebühren." Ansonsten seien die zusätzlichen Sparmaßnahmen natürlich eine weitere Einschränkung der Reformfähigkeit der Universitäten, da sie sich jetzt weiterhin und verstärkt im Abbau befänden. Ein Scheitern des Vertrages wird hier noch nicht gesehen. Immerhin gäbe dieser den Universitäten eine größere Selbständigkeit; allerdings auch mehr Verantwortung. "Wir haben momentan die Befürchtung, daß die Zusammenarbeit mit der Unileitung schwieriger wird," erklärt Marc Beyer, Öffentlichkeitsreferent im HU-RefRat.

In drei Stellungnahmen hat sich auch die Op-

Anschuldigungen von der Opposition

position zu den Sparbeschlüssen geäußert. Einheitlich wird hier vom Unvermögen der Regierungskoalition gesprochen, dem "das Vermögen der Stadt zum Opfer" fällt, so Michael Schreyer und Arnold Krause in ihrer gemeinsamen Presseerklärung von Bündnis 90/Die Grünen. Scharf kritisiert werden vor allem die geplanten Vermögensveräußerungen zur Sanierung des Haushaltes.

"Als schlechter Witz müssen die Globalsparsummen für die einzelnen Ressorts bezeichnet werden", so Harald Wolf, Fraktionsvorsitzender der PDS. Sie seien nichts anderes als das Eingeständnis, daß die Klausur in ihrem wesentlichen Vorhaben ohne Ergebnis geendet hat. "Es ist nicht abzusehen, daß die einzelnen Senatsressorts nun alleine fertig bringen sollen, wozu sie gemeinsam nicht willens waren."

Für Harald Wolf ist der Verzicht auf Studiengebühren der einzig begrüßenswerte Punkt. "Ansonsten hat Senator Radunski seine Hausaufgaben in keiner Weise gemacht. Wenn man mit den Universitäten einen Vertrag abschließen will, dann kann man nicht erpresserische Einsparsummen vorgeben, anstatt mit ihnen

"Triefnasenkabinett ohne Phantasie"

darüber zu sprechen, durch welche Strukturentscheidungen in welchen Zeiträumen Einsparungen erzielt werden können."

Sybillie Volkholz, wissenschaftspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, hält die Koalition angesichts der Ergebnisse schlicht für überfordert: "In solchen schwierigen Zeiten ist mehr Phantasie gefordert, als dieses Triefnasenkabinett besitzt."

Ein Verdacht liegt allgemein nahe: Die Sparrunde erfüllte lediglich den Zweck, die Koalition zu retten; und um dieses nicht zu gefährden, verschließt man die Augen sogar vor der Tatsache, daß ein Umsetzen der Sparsummen schlicht unmöglich ist.

Äußerst zweifelhaftes Verfahren

Die Schließung der Pharmazie an der Humboldt-Universität und der Zahnmedizin an der Freien Universität sind verfassungswidrig und damit nichtig.

Die im Zuge des Berliner Nachtragshaushaltes 1996 verabschiedete Schließung zweier Institute an HU und FU verstößt gegen die Berliner Verfassung. Zu diesem Schluß kommt das Berliner Verfassungsgericht in seinem Urteil vom 22. Oktober (AZ.: VerfGH 44/96).

Im Frühjahr diesen Jahres verabschiedete der Berliner Senat ein Haushaltsstrukturgesetz, das eine Reihe gravierender Kürzungen vorsah. Unter Federführung des Hauptausschusses, der einzelne Teile an die entsprechenden Fachausschüsse verwies, wurde innerhalb eines Monats ein Sparpaket von über fünf Milliarden DM auf den Weg gebracht. Aufgrund des rechtlich äußerst zweifelhaften Verfahrens entschlossen sich die Oppositionsfraktionen von PDS und Bündnis 90/Die Grünen zu einem abstrakten Normenkontrollverfahren vor dem Berliner Verfassungsgericht, welches nun entschieden wurde.

Demnach ist die Schließung der beiden Institute nicht mit Artikel 21 Satz 1 der Berliner Verfassung vereinbar, der das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit verbürgt.

Teilhaberecht contra Sachzwang

In der Urteilsbegründung wird jedoch die positive Grundaussage sehr schnell relativiert. Die RichterInnen führen aus, daß grundsätzlich keine Bedenken bei der Schließung von Fachbereichen oder Studiengängen seitens des Berliner Senats bestehen. Dies ergibt sich aus den in Art. 70 Grundgesetz (GG) übertragenen Gesetzgebungsbefugnissen. Diese verleihen den Ländern sämtliche Gesetzgebungskompetenz, solange das GG sie nicht dem Bund zuspricht. Zwar hat der Bund nach Art. 75 GG von dem Recht Gebrauch gemacht, ein Rahmengesetz zu erlassen, jedoch enthält dieses keine Vorschrift, die das beanstandete Vorgehen des Berliner Landesgesetzgebers als kompetenzwidrig ausweise. Einzig dem in § 60 des Hochschulrahmengesetzes verankerten Zusammenwirken von Land und Hochschule ist nicht entsprochen worden. Während der Behandlung durch den Wissenschaftsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses wurde den PräsidentInnen der Universitäten lediglich ein zehnmütiges Statement zugestanden (siehe UnAuf Nr. 74, S. 14f.).

Während der Verhandlung kam es zum offenen Eklat zwischen den Verhandlungsparteien. Als deutlich wurde, daß das Gericht der Argumentation der Senatsseite nicht folgen wolle,

legte diese ein ausgefertigtes Dokument mit Abwägungsvermerken seitens der Wissenschaftsverwaltung vor, mit dem eine ausreichende Beteiligung der Universitäten nachgewiesen werden sollte. Die angeblichen Adressaten, der Präsident der Freien Universität sowie die Abgeordneten der Opposition, sahen jedoch nach eigener Aussage dieses Papier während der Gerichtsverhandlung zum ersten Mal.

Auch in seinen weiteren Ausführungen bezieht sich das Verfassungsgericht auf die 1973 getroffene Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Wissenschaftsfreiheit. Hiernach ist die verfassungsmäßig festgeschriebene Wissenschaftsfreiheit zugleich mit einem sogenannten Teilhaberecht ausgestattet, das den WissenschaftlerInnen einen Anspruch auf „personelle, finanzielle und organisatorische Mittel“ zusichert. Jedoch stehen die Ansprüche der WissenschaftlerInnen von vornherein unter den Vorbehalt des Möglichen. So ist es nach Ansicht des Gerichts zulässig, unter Anbetracht der bestehenden Sparzwänge, die Mittel der Wissenschaft zugunsten der Haushaltskonsolidierung einzuschränken. Auf gut Deutsch heißt dies nicht weniger, als daß ein Landesgesetzgeber, wenn er sich mit Projekten wie dem Bau des umstrittenen Tiergartentunnels mal wieder einen finanziellen Bruch gehoben hat, die Hochschulen zur Ader lassen darf, um dem Land das „Blut“ für die nötige Operation zu liefern.

Als erste Reaktion auf das Urteil ließ der Wissenschaftssenator Peter Radunski erklären, daß er trotz des Urteils an der Absenkung der Haushalte von HU und FU festgehalten wird. Für die HU bedeutet dies eine zusätzliche Sparlast von 20 Millionen Mark. Nun wird von Seiten der Unileitungen überlegt, ob ein weiterer Gang vor Gericht zum Einklagen der Finanzen Aussicht auf Erfolg hätte (siehe Interview mit Meyer).

Derweil hat dieses Urteil auch Auswirkungen für die Technische Universität. Dort hatte der Akademische Senat gegen die geforderte Schließung einer Vielzahl von Lehramts- und Magisterstudienalternativen Sparvorschläge vor allem im Bereich kostenintensiver Mietobjekte gesetzt. Die Senatsverwaltung beharrte jedoch in einer schier unglaublichen Arroganz auf der Durchsetzung ihrer Vorgaben, so daß sich sogar das Abgeordnetenhaus mit dem Konflikt beschäftigen soll. Das Urteil könnte nun also Signalwirkung haben, da es ausdrücklich die Beteiligung der Hochschulen und deren Kompetenz betont und die Mißachtung der Universitätsvorschläge ebenfalls als verfassungswidrig eingestuft werden müßte.

Eines jedoch zeigt das Beispiel der TU besonders deutlich: Die Schließung von Studiengängen ist politisch gewollt und nicht allein finanziell begründet.

Einige jedoch zeigt das Beispiel der TU besonders deutlich: Die Schließung von Studiengängen ist politisch gewollt und nicht allein finanziell begründet.

Parole:
Mir doch egal!

Protest gegen die Schließungen

Foto: Fisahn



NJUHS

Pressestimmen

„Nicht berauschend, aber vertretbar“

Dieffen: Kompromiß entspricht der Problemlage der Stadt / Längste Haushalts-Klausur in Berlin beendet

■ An der bevorstehenden Deckungspläne im Berliner Haushalt hat sich nach dem gestern ausgehandelten Sparkurs ein wenig geändert. Sparten mit angesagtem, auch Landesvermögen soll verkauft werden. Aber konsolidiert ist das Budget damit noch nicht.

Berlin schiebt den Konkurs vor sich her

Berliner Sparkur

Noch etwas hat die Sparklausur gezeigt: Große Koalitionen sind - entgegen der landläufigen Meinung - nicht der Garant für Haushaltskonsolidierung. Denn auch die Partner in solchen Bündnissen sehen nicht nur auf den Etat, sondern schielen häufig zuerst auf das politische Profil.

Die Welt, 25. Oktober

Widerstand in den Fraktionen gegen die Sparpläne des Senats

Berliner SPD denkt über Sonderparteiabend nach Vorbehalten in der CDU wegen Gewerbesteuererhöhung

Nichts ist prima

Doch selbst dem Regierenden Bürgermeister, der den Verlauf der Klausur noch mit „prima, prima, prima“ beschrieb, erscheint deren Ergebnis „nicht berauschend“. Prima für ihn ist allenfalls, daß es nicht zum Koalitionsbruch kam. Und prima für Leute wie den Kultur- und Wissenschaftssenator, die weiterhin an die wundersame Brotvermehrung glauben, ist, daß sie sich besonders hartnäckig den Sparzwängen widersetzen und damit meinen, Gutes erreicht zu haben. Ansonsten aber ist nichts prima.

Der Tagesspiegel, 25. Oktober

Impressum

Njuhs

Sonderausgabe der UnAufgefördert.
Erscheint unregelmäßig.

Herausgeber: Studentenparlament
der Humboldt-Universität zu Berlin.

Redaktion: Sammi Sandawi, Frank Dalichow,
Franziska Busse, Jens Schley (verantw.)

Satz: Stefan Beetz

Kontakt über:

UnAufgefördert

Unter den Linden 6

Raum 3022

10099 Berlin

Tel.: 2093-2288

Fax.: 2093-2754

Verlust des Lächelns

Einzelnen werden die Senatoren zum „Kamingespräch“ zitiert, wie die Ressortrunden genannt werden. (...) Bei zunehmender Kälte und abnehmendem Tageslicht ist die Reihe an Kultur- und Wissenschaftssenator Peter Radunski. Dem CDU-Mann, vom „Kugelblitz“ redet schon lange niemand mehr, weht eisiger Wind ins Gesicht. Seinen Staatssekretär schickt er zwischenzeitlich auf den Flur. Bei Kultur und Wissenschaft wird Landowsky laut, SPD-Haushaltsmann Klaus Wowerit giftet zurück. Das Klima erreicht einen neuen Tiefpunkt. Dieffen, so wird es registriert, schweigt, als ob ihn das alles nicht mehr interessiere. Nach sechs Stunden hat es auch Radunski hinter sich gebracht (...). Hinter vorgehaltener Hand wird von „irrsinnigen, nicht zumutbaren Einschnitten“ gesprochen. Radunski ist fest entschlossen, die Entscheidung positiv zu verkaufen.

Der Tagesspiegel, 25. Oktober

Löwe Radunski

In Berlin wird kein Theater geschlossen, die Bühnen haben trotz Sparmaßnahmen Planungssicherheit für die nächsten Jahre. (...) Das ist ein Ergebnis der Sparklausur des Berliner Senats im Kulturbereich. Kultursenator Peter Radunski zeigte sich über das Ergebnis „bei allen Problemen“ zufrieden. „Er hat sechs Stunden lang gekämpft wie ein Löwe“, so sein Sprecher Axel Wallrabenstein.

Süddeutsche Zeitung, 25. Oktober

Tadel für Gesetzgeber

Bei den Koalitionären in der Sparklausur muß es wie eine Kopfhuß gewirkt haben: Das Haushaltsstrukturgesetz (...) ist in Teilen verfassungswidrig. (...) Die Verlierer vor Gericht, der Berliner Senat, könnte über das Urteil hinweggehen, als

sei nichts gewesen: Der Gesetzesmangel ist schließlich aufhebbar - man wiederholt das Verfahren. Das Gericht hat mehr gewollt: Die Rückkehr der Kompetenz und der Sorgfalt in die Wissenschaftspolitik. Die Hochschulen haben Gesprächs- und Sparbereitschaft gezeigt. Nun ist der Senat am Zug.

Berliner Zeitung, 23. Oktober

Berliner Ignoranz

Die Botschaft des Berliner Richterspruchs ist verheerend: Die Funktionäre glaubten zu Un-

Zum Schluß streicht Dieffen das Frühstück

Senatoren nach Verhandlungsmarathon erschöpft

recht, Politik ohne das Volk machen zu können. Genau zehn Minuten wurden den Hochschulen eingeräumt, ihre Argumente gegen massive und unsinnige Einschnitte vorzubringen. Mit dem Prozeß demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung hat das nicht mehr viel zu tun. In zehn Minuten kann man ein Haus sprengen, umgestalten kann man es nicht.

Frankfurter Rundschau, 23. Oktober

Kahlschlag beim Zweitier

Technologiepark Adlershof - Realisierung fraglich

Nach der Sparklausur des Senats wird es immer fraglicher, ob der geplante Technologiepark Adlershof realisiert werden kann. (...) Wissenschaftssenator Peter Radunski hatte (...) schon länger bezweifelt, ob sich bei der gegenwärtigen Finanzlage eine Art Berliner „Silicon-Valley“ auf der grünen Wiese bauen läßt. Wenn nicht plötzlich ein warmer Geldregen über Berlin niedergeht, wird der Technologie-Park Adlershof wohl auf absehbare Zeit in der Versenkung verschwinden“, hieß es gestern in Senatskreisen.

Berliner Morgenpost, 25. Oktober

Die Universitäten müssen weitere 180 Millionen sparen

■ Das Ausgleichsangebot:
Planungssicherheit bis 2000

können in Adlershof ihre geplanten Gebäude bauen.